

**Niederschrift über die Sitzung des  
Umwelt- und Verkehrsausschusses am 4. November 2019**  
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Beutel (bis 17:50 Uhr), Hundt, Jäger, Kölz, Theile, Zerrer	(CDU)
Ahrens, Altenberger (bis 18:31 Uhr), Dannenmann, Ulrich	(Freie Wähler)
Eusebi, Dr. Fleischer, Goethe, Schmidt	(GRÜNE)
Riedel, Schäf, Wörner	(SPD)
Häfele, Haußmann	(FDP-FW)
Huschka, Thiel	(AfD)
Bezler	(Linke/ÖDP)
Wilhelm	(Wilhelm/ Klinghoffer)

Die stv. Ausschussmitglieder: Dr. Scherer (Freie Wähler)

Entschuldigt: Schölzel (Freie Wähler)

Ferner:

Finanzdezernent Schäfer	
Erster Landesbeamter Dr. Zaar	
Herr Hein, Leiter Dezernat III	(Top 4-6,9)
Herr Schmitt, NVBW	(Top 1)
Herr Schneider (Go-Ahead Baden-Württemberg)	(Top 3)
Herr Siegel, Vorstand der AWRM	(Top 4)
Frau Fischer, Stabstelle Radwege	

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Die Schriftführerin: Kreisinspektorin Zaiss

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:08 Uhr

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

### Aktuelle Verkehrsthemen

#### Drucksache 2019/179

Landrat Dr. Sigel begrüßt Herrn Gottfried Schmitt von der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbh (NVBW) sowie Herrn Christoph Schneider, Flottenmanager und Simon Scherer, Standortleiter Essingen von Go-Ahead.

Herr Schneider von Go-Ahead erläutert die Ursachen der Problematik der Remsbahn anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich für den Vortrag und fragt nach, ob Go-Ahead versprechen könne, dass es tatsächlich besser werde.

Herr Schneider antwortet, dass versprechen immer schwer sei. Sie seien aber bemüht zu halten was man verspreche. Sie hätten allerdings keinen Einfluss auf den Prozess der Störungsbeseitigung und die Prozesszeiten.

Kreisrat Haußmann lobt die Zugbegleiter/innen, diese machen einen guten Job. Er kritisiert, dass man zu kleine oder zu wenige Züge fahren lasse. Darauf fragt er an, ob die derzeitigen Verträge auskömmlich seien. Außerdem stehe in der Vorlage, dass Entschädigungen für betroffene Fahrgäste angedacht seien. Er möchte wissen, ob dies richtig sei und bittet Herrn Schmitt dies ernsthaft zu prüfen. Er merkt an, dass die Lokführerreserve besser bei Go-Ahead angesiedelt wäre, als beim Land.

Kreisrätin Dr. Fleischer erläutert, dass bereits vor der Ausschreibung klar war, was für Bahnsteige der Kreis habe. Die gesetzlichen Vorgaben seien ebenfalls schon länger bekannt. Die Präsentation sei sehr verständlich, allerdings habe der täglicher Nutzer kein Verständnis für die Probleme. Man müsse schauen, dass die Leute auf die Bahn umsteigen und dies sei jetzt gerade nicht der Fall. Ein Zugewinn von Nutzer gebe es derzeit nicht. Die Verlässlichkeit des Systems sei kaputt. Kreisrätin Dr. Fleischer sehe nicht, dass sich was verbessern werde.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

Kreisrat Jäger wiederholt nochmals, dass das Land die Fahrzeuge beschafft habe und diese dann der Firma zur Verfügung stelle. Er fragt sich, ob die Kritik gegen Go-Ahead gerechtfertigt sei oder man direkt alle Beteiligten ansprechen solle. Die Infrastruktur klappe nämlich auch nicht komplett. Das Ministerium trage auch dazu bei und man solle darauf achten, fair zu bleiben.

Kreisrat Riedel erklärt, dass man einem Irrtum nicht unterliegen dürfe. Nur weil neuer Betreiber angefangen habe, dürfe man nicht davon ausgehen, dass alles klappe. Bei den bahnbetriebenen Fahrzeugen sei es nicht anders gewesen. Die Ursachen würden bei der Bahninfrastruktur liegen. Man könne nichts besser machen, wie das, was man heute habe. Ein neuer Betreiber könne die Probleme nicht einfach lösen. Man wisse dies alles seit Jahrzehnten und zaubern könne man nicht. Er sehe keine Lösungen.

Kreisrat Ulrich nutzt selber oft die Bahn. Er meint, man müsse sich viel intensiver um den ÖPNV kümmern. Go-Ahead habe keine Schuld, der Fehler liege in der Zeit davor. Die Bahnsteige müssen saniert werden, auch wenn dies viel Geld kosten werde. Denn wenn es so bleibe wie jetzt, dann komme man nicht voran.

Herr Schneider, Go-Ahead antwortet auf die Fragen, dass man derzeit 34 Fahrzeuge zur Verfügung habe aber nur 28 Fahrzeuge im Einsatz seien. Go-Ahead fahre mit so vielen Fahrzeugen wie bestellt seien. Es könne natürlich zu Abweichungen kommen, wenn ein Defekt etc. vorliege und auf die Schnelle kein Ersatzzug vorhanden sei. Grundsätzlich sei der Fahrzeugbestand derzeit ausreichend. Eine Zulassung des Zuges bekomme man nur, wenn dieser nach Europäischem Recht gebaut wurde. Das Recht kenne die Bahnsteige des Remstales nicht. Dies sei ein Problem dem Go-Ahead ausgesetzt sei. Go-Ahead kenne die Bahnsteige, könne diese aber nicht verändern. Für jeden Kilometer den Go-Ahead auf den Schienen fahre, bezahlen sie Geld. Dafür verlangen Go-Ahead auch Qualität, die leider nicht gegeben sei.

Herr Schmitt, NVBW, erklärt, dass die Unternehmen bei den Fahrzeugherstellern die Fahrzeuge bestellen, diese dann durch das Land aus Finanzierungsgründen übernommen und dann wieder an die Unternehmer verpachtet werden. Die NVBW sowie Go-Ahead seien enttäuscht, dass die Zuverlässigkeit der Fahrzeuge so schwach sei. Weder Go-Ahead noch das Land seien für die Probleme

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

verantwortlich. Der Grund für Ausfälle seien entweder technische Störungen am Zug, Infrastrukturstörungen oder höhere Gewalt, z. B. dass ein Baum auf die Oberleitungen falle. Allerdings trägt auch das Thema fehlende Lokführer dazu bei. Der Lokführerpool der jetzt vom Land ausgeschrieben werde, habe einen bescheidenen Umfang. Dieser könne kein halbes Netz ausgleichen. Der Lokführerpool werde erst im Laufe des kommenden Jahrs gestartet.

Go-Ahead müsse dies bisher selber stemmen. Die Diskussionen über die Entschädigungsleistungen seien noch nicht abgeschlossen.

Herr Scherer führt aus, dass Go-Ahead derzeit mit der Deutschen Bahn kooperiert und Lokführer zu Verfügung stelle. Man versuche so viele Reserven wie möglich im Lokführerbereich zu schaffen. Wenn viele Lokführer gleichzeitig krank seien, könne man dies allerdings nicht ausgleichen. Zur Kapazität erklärt er, dass man die maximale Länge der Züge ausreize.

Herr Schmitt fügt an, dass morgens die stärkste nachgefragte Zeit sei, Richtung Stuttgart. Beide Linien die nach Stuttgart führen, um 6:58 Uhr und 7:28 Uhr, seien ausgestattet mit zwei Fünf-Teiligen und einem Drei-Teiligen Elektrozugwagen. Zusammen hätten diese 711 Sitzplätze und fast 270 Meter Zuglänge. Dies müsse seines Erachtens ausreichend sein.

Kreisrätin Wilhelm wiederholt den Satz: „Die Zuverlässigkeit der Züge ist das Problem“. Sie ist der Meinung, man müsse jetzt jemanden in die Pflicht nehmen und Go-Ahead habe die Ausschreibung gewonnen und sei jetzt der Ansprechpartner. Wenn etwas nicht klappe, dann müsse Go-Ahead das so weitertragen. Kreisrätin Wilhelm fragt nach, an welchen Standorten die Ersatzfahrzeuge abgerufen werden und wie schnell das gehe. Außerdem will sie wissen, ob die Kosten der ausgefallenen gefahrenen Kilometer den Fahrgästen zu Gute kommen. Frau Wilhelm kann es außerdem nicht verstehen, dass die vorhandene Infrastruktur einfach so hingenommen werde. Go-Ahead solle mehr Druck aufbauen.

Herr Schneider erklärt, dass es sich tatsächlich um ein Problem handle, da man nicht über Massenware spreche. Für jeden Bestellenden werde der passende Zug angeschneidert. Der Druck sei aus Sicht Go-Ahead immens hoch. Man sitze mit den Herstellern jede Woche zusammen.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

Herr Dr. Scherer fügt hinzu, dass man sehr hohe Vertragsstrafen zu zahlen habe. In der Konstellation ist die Position als Wettbewerber nicht besonders günstig. Der Staat sei Eigentümer der Deutschen Bahn und trage das so mit. Am meisten Gewinn mache die Infrastruktur und dort verbessere sich nicht viel.

Landrat Dr. Sigel wiederholt, dass es vom Gremium große Erwartungen gebe.

Landrat Dr. Sigel führt zum Thema Schülerbusverkehr zur Engelbergschule aus, dass die Baustelle der Kreisstraße L1140 seit Samstag abgeschlossen sei. Die Schülerbeförderungssatzung sehe es nicht vor, dass man alle Schulen mit einem Direktbus anfahren könne, dies sei auch eine Sache der Finanzierbarkeit.

Herr Dr. Zaar, Erster Landesbeamter, erläutert die Drucksache.

Landrat Dr. Sigel holt sich die Zustimmung des Gremiums, um Herrn Dillmann (Elterninitiative Engelbergschule) im Zuhörerbereich das Wort zu erteilen.

Herr Dillmann führt aus, dass 15 bis 20 Schüler direkt von der Buslinie betroffen seien. Von Winnenden fuhr jahrelang ein Direktbus zum Engelberg und zurück. Seit Ende Sommerferien herrsche nur Chaos. Die Elterninitiative fordert wieder einen Direktbus.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man das Thema mit den Busunternehmern aufgearbeitet habe. Das Thema „Schülerbeförderung“ nehme man sehr ernst. Er und die Busunternehmer seien der Einschätzung, dass jetzt nach Abschluss der Baustelle der Busverkehr wieder reibungslos laufe.

Herr Dillmann führt nochmals aus, dass er das Problem nicht bei der Baustelle sehe.

Herr Dr. Zaar sagt, dass die Fahrzeiten aufgrund der Baustelle geändert wurden, damit den Kindern überhaupt die Möglichkeit einer Schülerbeförderung gegeben werden konnte. Ab jetzt gelte wieder der reguläre Fahrplan.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

Kreisrat Jäger erzählt, dass es in allen Bereichen Reibungsverluste gegeben habe, wo neue Betreiber dazu gekommen seien. Er appelliert, dass zuerst immer geprüft werden solle, ob man etwas genehmigen könne, bevor man überlege es ablehnen zu können. Er bittet um Fingerspitzengefühl.

Kreisrätin Schmidt kennt das Problem, dass Schulbusse oft knapp zu den Unterrichtszeiten fahren. Die Abstimmung zwischen Schule und Busunternehmer scheint ihr sehr gering. Sie fragt nach, seit wann der Verwaltung bekannt sei, dass es diese Baustelle gebe. Sie fragt sich, ob man es nicht vor oder während den Sommerferien mit den Eltern absprechen hätte können. Außerdem will sie wissen, was man aus dieser Erfahrung für das nächste Mal mitnehme und was mit den Schülerbussen sei, die voll seien und Schüler stehen lassen müssen.

Kreisrat Haußmann denkt, dass die Situation sich jetzt nach der Baustelle einpendeln werde. Er bittet um eine Mitteilung in naher Zeit, ob sich alles eingependelt habe und wie der Schülerverkehr dann ablaufe.

Kreisrat Dannenmann ist der Meinung, dass die Schulen ihre Unterrichtszeiten auch nach dem ÖPNV richten sollen.

Herr Dr. Zaar führt nochmals aus, dass es keine reinen Schulverkehrslinien mehr seien, sondern ganz normaler ÖPNV. Diese Busse seien jetzt gut getaktet auf S-Bahnen ausgelegt, im Sinne der gesamten Bevölkerung. Jetzt sei nicht mehr bekannt, wie viele Schüler in welchem Busse säßen. Die Abstimmungen mit den Schulen sei eng. Man habe 10 Jahres-Verträge mit dem Busunternehmer. Gesetzlich sei vorgeschrieben, dass die Schulen sich nach den ÖPNV-Zeiten zu richten haben. Die Baustelle der Kreisstraße L 1140 wurde mit der Schule kommuniziert, sei jetzt saniert und ab heute gelte der normale Fahrplan wieder.

Landrat Dr. Sigel hofft, dass sich der Busverkehr zum Engelberg und Richtung Winnenden einpendelt, ansonsten werde man sich dem Thema nochmals annehmen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

Auszüge:  
1 ÖPNV

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

## § 2

### Resümee Remstal Gartenschau 2019 und Naturpark Jubiläum

#### Drucksache 2019/155

Landrat Dr. Sigel verweist auf die zu Grunde liegende Drucksache und den Abschlussfilm der Remstal Gartenschau. Außerdem verweist er auf die PowerPoint-Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er zieht von Seiten der Landkreisverwaltung eine sehr positive Bilanz bzgl. der drei Großveranstaltungen 2019 – Heimattage Baden-Württemberg in Winnenden, Remstal Gartenschau und 40-jähriges Jubiläum des Naturparks Schwäbisch-Fränkischer Wald. Ein Erfolg der Großereignisse bestand aus seiner Sicht in der guten Verzahnung der Veranstaltungen und der Organisation, zur der auch die Landkreisverwaltung einen guten Beitrag geleistet hatte.

Kreisrat Beutel schlägt vor und kündigt an, dass seine Fraktion hierzu auch einen Antrag stellen wolle, dass jährlich abwechselnd der „Waldtag“ und der „Tag der Landwirtschaft“ auch nach der Remstal Gartenschau weiter stattfinden. Er und seine Fraktion fänden es schade, wenn die erfolgreichen Veranstaltungen nicht fortgeführt würden, denn die Resonanz sei groß gewesen.

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass Forst- und Landwirtschaft Kernthemen des Landkreises seien. Man unterstütze diese Veranstaltungen auch weiterhin sehr gerne. 2017 habe man bereits einen Waldtag am Warthof in Aspach und 2019 nun am Forst-Stützpunkt in Urbach ausgerichtet. Im Dezember werde man außerdem die Forstreform im Umwelt- und Verkehrsausschuss vorstellen. Auch wenn sich der Bereich Forst aufteile, werde man im Hinblick auf die Waldpädagogik weiterhin eng zusammenarbeiten.

Kreisrätin Schmidt erkundigt sich, ob die Heimattage durch eine Umverlegung aus dem Kreis an das Klinikum indirekt finanziert wurden. Außerdem regt sie an, ob das Wimmelbuch an alle neugeborenen Kinder im Rems-Murr-Kreis verteilt werden könne.

Kreisrätin Gothe zieht eine positive Bilanz zur Gartenschau und hält eine weitere Zusammenarbeit der Akteure für sinnvoll. Sie möchte wissen, welche Projekte der Remstal Gartenschau in den



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

Kommunen erhalten bleiben.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man versuche die Projekte weiterhin nachhaltig zu verzahnen. Man wolle sich als Landkreis als starker Partner einbringen und v.a. für die Themen einsetzen, die kleinere Kommunen nicht alleine stemmen können. Landrat Dr. Sigel sieht den Erfolg der Großveranstaltungen auch in dem guten Austausch und Vernetzung der Akteure, so dass bspw. nicht alle Veranstaltungen am gleichen Tag stattgefunden haben. Den Ausschuss wolle man nächstes Jahr auch wieder auf die CMT einladen, um zu zeigen, in welcher Breite die Städte und Gemeinden aufgestellt sind und wo die Ressourcen wie eingesetzt werden. Man habe sich als Rems-Murr-Kliniken bewusst dafür entschieden, die Heimattage zu unterstützen, da die Rems-Murr-Kliniken einer der Hauptarbeitgeber in Winnenden sind. Zwar sind die Kliniken eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des Landkreises, dennoch sei es u.a. für die weitere Patientengewinnung zielführend gewesen, dass die Kliniken als Sponsor der Heimattage auftreten. Herrn Landrat Dr. Sigel sei immer wichtig gewesen, dass sichtbar gemacht werde, dass das Klinikum ein öffentlich getragenes Haus des Landkreises ist. Daher habe man sich als Geburtsgeschenk bewusst für das Wimmelbuch entschieden, so könne langfristig ein Bewusstsein für den Landkreis geschaffen werden. Als besonderes und nachhaltiges Geburtsgeschenk ist das Wimmelbuch nur für die Kinder gedacht, die in den Rems-Murr-Kliniken geboren werden, eine weitergehende Finanzierung sei auch nicht möglich.

Kreisrat Ulrich spricht allen Beteiligten an der Remstal Gartenschau für ihren Einsatz ein großes Lob aus. Die Veranstaltung habe das Remstal vorangebracht.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

### § 3

#### Gebührenkalkulation und Abfallwirtschaftssatzung 2020/2021

#### Drucksache 2019/041

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass die Gebührenkalkulation und die Abfallwirtschaftssatzung schon ein Thema gewesen seien, als man aus der GmbH eine Anstalt des öffentlichen Rechts gemacht habe. Im Gegensatz zur bisherigen GmbH können man nun bei der Anstalt des öffentlichen Rechts die Themen öffentlich beraten. Diese Transparenz sei einer der Gründe des Rechtsformwechsels gewesen. Außerdem werde man die zentralen Themen direkt in den Gremien und im Kreistag beraten und beschließen. Die Gebührenkalkulation gehöre hier dazu und diese sei dieses Mal sehr positiv ausgefallen. Man habe das erste Mal die Gebührenkalkulation aus einer Hand und dies sei sehr gut gelungen.

Herr Siegel, Finanzvorstand der Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR, erläutert die Gebührenkalkulation und Abfallwirtschaftssatzung 2020/2021 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Jäger fragt beim Gewerbemüll nach den Ursachen eines mehr als dreißigprozentigen Kostenanstiegs. Außerdem will er wissen, wie der Onlineverkauf der Müllmarken angelaufen sei und welche Auswirkungen dies gegeben habe. Er schlägt vor, auf den Redebeitrag der Abfallgebührensatzung in der kommenden Kreistagssitzung zu verzichten und diesen evtl. in der Haushaltsrede miteinzubringen.

Kreisrat Riedel bedankt sich. Er freut sich, den Bürgerinnen und Bürgern das Signal geben zu können, dass die Gebühren stabil bleiben. Man solle allerdings ehrlich bleiben und signalisieren, dass sich dieses Niveau nicht halten lasse. Er bittet darum, der Allgemeinheit deutlich zu erklären, weshalb es beim Gewerbemüll zu einer gewaltigen Steigerung gekommen sei. Es sei nämlich anzunehmen, dass der ein oder andere durch private Unternehmen seinen Müll auf Abruf loswerden wolle. Denn dann würden sich die Kalkulationen auch wieder verändern. Für seine Fraktion erklärt auch er den Verzicht auf einen Redebeitrag in der kommenden Kreistagssitzung.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

Kreisrat Haußmann fragt nach, ob die Verdoppelung der Gebühren für den Gewerbemüll analog den Gebühren von 2016/2017 entsprechen. Ihm ist es wichtig, dass die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht werde, dass jeder seinen Beitrag für die Müllkosten leisten kann, wenn die Müllsortierung richtig erfolge.

Kreisrätin Dr. Fleischer ist ebenfalls der Meinung, dass eine Rede im Kreistag zur Abfallgebührensatzung nicht notwendig sei.

Kreisrat Theile interessiert es, ob die gewerbetreibenden ihren Müll über die AWRM entsorgen müssen oder ob diese den Müll auch privat entsorgen könnten. Dies wäre dann ein großer Einschnitt, denn es sei zu vermuten, dass die Gewerbetreibenden dann zu den privaten Unternehmen wechseln, da es dort vermutlich günstiger sei.

Landrat Dr. Sigel erkennt, dass bei der Steigerung von mehr als dreißig Prozent der Gebühren beim Gewerbemüll noch viele Fragen offen seien. Die Diskussion über die Abfallwirtschaftssatzung ist ihm wichtig in den Gremien und im Kreistag zu führen, da dies ebenfalls ein wichtiges Thema bei der Umwandlung der AWRM gewesen sei.

Herr Siegel führt aus, dass man Kostensteigerungen im Bereich der thermischen Verwertung, der Sammlung und Entsorgung und der Verwertung zu verzeichnen habe. Er habe die Kalkulation 2016/2017 nicht gemacht, habe aber im Kopf, dass der damalige Rückgang der Gebühren des Gewerbemülls in 2016/2017 an den gestiegenen Behälterzahlen gelegen habe. Das Volumen führe dazu, dass die Kosten deutlich sinken. Stand heute seien die Behälterzahlen stagniert, während die Kosten deutlich gestiegen sind. Das habe zur Folge, dass die Kostensteigerungen auf gleichbleibende Behälterzahlen verteilt werden. Somit ergeben sich höhere Kosten je Behältervolumen. Jedoch liegen hinter den jeweiligen Behältergebühren keine riesigen Mengen an Behältern. Zum Wirtschaftsplan erläutert er, dass man eine Vorschaurechnung über die nächsten 5 Jahre mache. Er stimmt Herrn Riedel zu, dass ab dem Jahr 2022 eine Erhöhung der Gebühren drohe. Dies habe mehrere Gründe, vor allem aber, weil die die Gebührenüberschüsse vergangener Jahre deutlich abgenommen haben. Dies liege im Wesentlichen an den geringeren Verwertungserlösen aus dem Altpapierverkauf und dort am Verfall des Papierpreises. Auf die Frage von Herrn Theile antwortet

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

Herr Siegel, Gewerbetreibende können Abfall zur Verwertung natürlich privat entsorgen, Abfall zur Beseitigung allerdings nicht. Ein Gewerbetreibender müsse durch den Anschluss- und Benutzungszwang mindestens eine Restmülltonne, 60 Liter, vierwöchentliche Leerung vorhalten. Auf die Nachfrage nach dem Onlineverkauf berichtet Herr Siegel, man habe steigende Zahlen. Bisher waren nur die Jahresgebührenmarken online erhältlich, jetzt sei es auch möglich, unterjährig Müllmarken zu verkaufen.

Landrat Dr. Siegel macht auf die Online-App aufmerksam, in der auch die Termine der Müllabfuhr bekannt gegeben werden. Den Online-Verkauf habe man nicht zu stark beworben. Ganz bewusst deshalb, um den Verkaufsstellen nicht den Umsatz aus den Provisionen streitig zu machen. Teilweise rechnen diese mit ihren Umsätzen aus dem Müllmarkenverkauf. Digital sei man aber trotzdem sehr leistungsfähig.

Herr Siegel erklärt, dass man bereits 2017/2018 aufgrund der deutlichen Absenkung der Müllgebühren im Gewerbe Sorge gehabt habe, dass der Gewerbemüll deutlich zunehmen würde. Hier habe man diesbezüglich keine Tendenzen erkennen können. In 2020/2021 rechnet er daher nun ebenso wenig mit rückgehenden Mengen aus dem Gewerbe. Sollte dies dennoch der Fall sein, so sieht er dies entspannt, da mit niedrigeren Mengen auch die Verwertungs- und Transportkosten sinken würden.

Kreisrat Thiel findet es gut, dass der Kreis das Gewerbe nicht zwingt, den Müll bei der AWRM zu entsorgen.

Kreisrat Riedel ist dafür, dass man die Verkaufsstellen für Müllmarken behalte und dafür Sorge, dass nicht alles nur noch online gehe, dies fände er schade. Es solle beide Möglichkeiten geben. Er fragt nach, für welche Verwertungsarten die Kosten gestiegen seien.

Herr Siegel berichtet, dass es im Restmüllheizkraftwerk Stuttgart zu einer Preis-Explosion bei den Mehrmengen gekommen sei. Seither seien für die die Garantiemengen übersteigenden Mengen, den sogenannten Mehrmengen, ein deutlich niedrigerer Kostensatz im Vergleich zu den Garantiemengen berechnet worden. Für 2020 habe die EnBW nun die Kosten den Kosten der Garantie-

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

menge angepasst. Somit stiegen in diesem Bereich die Kosten von rund 127 Euro/Mg auf rund 146 Euro/Mg.

Kreisrat Dannenmann erkundigt sich, ob die AWRM rein und ökologisch unterwegs sei.

Herr Siegel bestätigt die Frage.

Kreisrat Bezler stellt sich die Frage, wie ökologisch sinnvoll der Einsatz einer Biotonne sei, denn man transportiere sehr viel Wasser. Er schlägt eher einen eigenen Kompost im eigenen Garten vor. Herr Balthasar, Technischer Vorstand AWRM AöR, knüpft an die Aussage von Landrat Dr. Siegel an und erklärt, dass durch eine Kompostierung nur CO<sup>2</sup> erzeugt werde und dieser oft nicht einmal sinnvoll verwendet werden könne. Die AWRM hingegen erzeuge durch den Einsatz der Biotonne sowohl Energie als auch hochwertigen Biokompost.

Landrat Dr. Siegel ist wichtig, die Bevölkerung für die Mülltrennung zu sensibilisieren. Es werde demnächst auch eine Bio-Müll-Kampagne geben.

Kreisrätin Dr. Fleischer ist der Meinung, dass man die Biomülltonne benötige. Andernfalls würde der Biomüll in die teure Restmülltonne landen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den nachfolgenden Beschlussvorschlag und ist sich einig, dass kein Redebeitrag dazu in der Kreistagssitzung stattfindet:

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag den Erlass der Abfallwirtschaftssatzung sowie die Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung von Gebühren und den Verwaltungsrat der Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR anzuweisen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der dargestellten Zuführung der Rückstellungen und der Berechnung der Nachsorgekosten von Abfallentsorgungseinrichtungen, einschließlich des Berechnungsverfahrens der kalkulatorischen Zinsen und der Abschreibung wird zugestimmt.
2. Der dargestellten Gesamtkalkulation der Abfallwirtschaftsgebühren für die Jahre 2020/2021, einschließlich der vorgeschlagenen Ermessensentscheidungen, wird zugestimmt.
3. Die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung wird beschlossen.

Auszüge:

1 AWRM

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

#### § 4

##### Radschnellverbindungen im Rems-Murr-Kreis

##### Drucksache 2019/168

Frau Fischer, Radwegekoordinatorin, erläutert den Sachstandsbericht zu den Machbarkeitsstudien für Radschnellverbindungen im Rems-Murr-Kreis anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel weist auf den touristischen Remstalradweg hin, welcher von Radfahrern hoch frequentiert wird. Ebenso der Stromberg-Murratal-Radweg. Das Potenzial könne man erfahren. Die Stufenkarte zeige, dass es ein weiter Weg sei, bis der Radschnellweg fertig gestellt sei. Das Onlineportal zeige sich als sehr niederschwelliges Instrument zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Projekt. Mehr als tausend Rückmeldungen habe man von Bürgerinnen und Bürger zum Entwurf des landkreisweiten Radwegenetzes, oft auch von unterwegs, bekommen.

Kreisrat Ulrich führt aus, dass er sich vorstelle, dass der Radschnellweg hohe Benutzerzahlen liefern könne. Er könne sich vorstellen, dass der Bau des Radschnellweges Ausgleichsmaßnahmen nach sich ziehen könne, welche mit den Gemeinden gut abgestimmt werden sollen.

Kreisrat Jäger wundert sich, dass man vor einiger Zeit Diskussionen über eine Straßenverbreiterung von einem halben Meter geführt habe und jetzt über deutlich breitere Trassen abstimme, ohne mit der Wimper zu zucken. Die Trassenbeschaffung dort mache sicherlich Sinn, da man dort die höchste Dichte der Radfahrer habe, was der Remstalradweg zeige. Ob einhundert Prozent Beleuchtung notwendig sei, bezweifle er. Er fügt hinzu, dass man im Rems-Murr-Kreis kein flächendeckendes Radwegenetz hinbekommen werde, macht aber darauf aufmerksam, dass es Strecken gebe, welche extrem gefährlich seien und Radwege sinnvoll wären.

Kreisrat Huschka fragt nach, wie man das Potenzial von 2000-2500 Radfahrer in 24 Stunden auf dieser Strecke ermittelt habe und ob diese Zahlen für das ganze Jahr gelten und nicht nur bei schönem Wetter. Gemessen habe man zwischen Weinstadt und Waiblingen nur 800 Radfahrende im

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

Bestand laut Machbarkeitsstudie. Er regt an zu überlegen, ob es nicht sinnvoller sei, bestehende Infrastruktur wie Brücken und Straßen zu sanieren, bevor Neues gebaut werde.

Kreisrat Häfele findet die Projekte toll. Er bittet darum, das Gremium bei der Planung miteinzubeziehen, denn es gebe oft Probleme zwischen den Schnittstellen. Er möchte zudem wissen, ob eine hundertprozentige Beleuchtung tatsächlich notwendig sei.

Landrat Dr. Sigel klärt auf, dass eine Beleuchtung vorhanden sein müsse. Die Beleuchtung würde allerdings mit einer Art Bewegungsmelder ausgestattet sein, so dass sie nur angehe, wenn ein Radfahrender die Stelle passiert.

Kreisrat Altenberger findet es eine gute Sache aber es müssten auch einige Hürden überwunden werde, wie der Naturschutz. Auf dieser Strecke gebe es beispielsweise Rebhühner. Außerdem sei zu überlegen, Blühflächen links und rechts anzulegen. Er vermutet, dass man den Radschnellweg nicht vor 2025 fertig gestellt bekomme.

Kreisrätin Dr. Fleischer glaubt, dass die Verhältnismäßigkeit zwischen Radwegen und Straßen stimme. Man müsse dieses Projekt angehen. Wenn die Lücken im Radwegenetz geschlossen seien, dann würden mehr als 2500 oder 3000 Personen dieses nutzen. Durch die E-Bikes seien die Menschen bereit, auch weite Wege mit dem Rad zu fahren. Ihr sei die Beleuchtung rund um die Uhr auch nicht wichtig, akzeptiere aber die Vorgaben. Sie möchte wisse, wie die vielen Projekte personell von der Verwaltung zu schaffen seien.

Kreisrat Riedel weist darauf hin, dass es wichtig sei, Radwege und Fußwege zu trennen. Das Rad sei eine Alternative zum Auto und dies müsse man unterstützen.

Kreisrat Bezler bittet, rechtzeitig die Polizei und den ADFC miteinzubinden.

Landrat Dr. Sigel gibt bekannt, dass das Land Fördermittel für diese Maßnahme bereitstelle, was nicht bedeute, dass man an bestehenden Straßen nicht mehr investiere. Zwischen Fellbach und Weinstadt habe man den Fall, dass die Straßenbaulast beim Land liege und somit die Kosten zu



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

hundert Prozent vom Land getragen werden. Je nachdem in welche Richtung es gehe, müsse man dann die Mittel und Finanzplanung anpassen. Bei der Schwerpunktsetzung verliere man nichts aus den Augen.

Herr Hein bestätigt, dass ein landwirtschaftlicher Eingriff notwendig sei. Ab ungefähr 5 Uhr in der Frühe seien die ersten Pendler mit dem Rad unterwegs, daher sei es sinnvoll, Beleuchtung mit Bewegungsmeldern anzubringen. Die Nutzerzahlen der Radschnellverbindung wurden durch Verkehrsmodelle berechnet, letztendlich könne aber erst nach Inbetriebnahme des Weges gesagt werden, wie viel Radfahrer tatsächlich dort verkehren, so Herr Hein. Man habe Außerdem vor, das Gremium und die Bürgerschaft bei den Planungen miteinzubinden. Den ADFC und die Polizei habe man schon von Anfang an mit eingebunden. Das Ziel sei, alle Kompetenz mitzunehmen und gemeinsam das Bestmögliche zu erreichen.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich bei Herrn Hein für die Beantwortung der Fragen.

Kreisrat Thiel merkt an, dass die Betriebskosten des Radschnellweges völlig unklar seien. Man wisse bisher noch nicht, wie hoch die Kosten für die Beleuchtung oder des Winterdienstes jedes Jahr seien. Er bittet diese Zahlen nächstes Mal nachzureichen.

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass es gerade auch aus diesem Grund wichtig sei, bei wem die Straßenbaulast liege, denn somit sei auch das Land an den Betriebskosten beteiligt.

Herr Hein vervollständigt, dass die Zuständigkeit für Betrieb und Unterhaltung den Regelungen klassifizierter Straßen gleichgestellt sind.

Kreisrat Huschka möchte wissen, wer die Kosten trage, wenn die vom Land vorgeschriebenen Anzahl an Radfahrenden auf der Strecke nicht erreicht werden.

Kreisrat Häfele stellt die Gegenfrage, was passiere, wenn zwischen Weinstadt und Schorndorf mehr als 2500 Personen fahren werden.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

Herr Hein erklärt, dass man dort dann ebenfalls die Aufstufung zu einer Landstrasse beantrage.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum aktuellen Stand der Machbarkeitsstudien für Radschnellverbindungen im Rems-Murr-Kreis zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Stabsstelle Radwege

1 Dez 3

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

## § 5

### K 1907 Sanierung Rutschung zwischen Lippoldsweiler-Sechselberg

#### Drucksache 2019/138

Herr Hein, Dezernent Bauen, Umwelt und Infrastruktur, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Wilhelm sagt, dass es im Kreis immer wieder zu Rutschungen komme. Sie fragt daher nach, ob der Kreis seine Kreisstraßen welche an Steinhängen oder ähnliches vorbeiführe, überprüfe. Dadurch könne man rechtzeitig erkennen, wo und wann es eventuell zu einer Rutschung komme und dann eine Lösung wie Drahtgeflechte anbringen könne.

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass man nicht jede Stelle im Kreis ständig anschauen könne. Man könne auch nicht prophylaktisch alle Hänge sichern. Wenn etwas offensichtlich sei, dann würde man sich aber sofort darum kümmern. Hangrutschungen durch Starkregen könne man vorher oft nicht erkennen, auch Sprengungen im Winter könne man nicht vorbeugen. Mitarbeiter des Kreises würden sich allerdings oft Stellen anschauen, welche durch den Verlauf gefährlich sein könnten.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Leistungen für die Sanierung von zwei Hangrutschungen im Zuge der K 1907 zwischen Lippoldsweiler und Sechselberg im Rahmen eines öffentlichen Vergabeverfahrens auszuschreiben und an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Auszüge:

1 Dez 3

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

## § 6

### K1834 Böschungssicherung der Murr bei Kirchberg a. d. Murr, Ausschreibung und Vergabe Drucksache 2019/157

Herr Hein, Dezernent Bauen, Umwelt und Infrastruktur, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Leistungen für die Sicherung der Murrböschungen im Zuge der K1834 zwischen Kirchberg an der Murr und der Grenze zum Landkreis Ludwigsburg im Rahmen eines öffentlichen Vergabeverfahrens auszuschreiben und an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Auszüge:  
1 Dez 3

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

## § 7

### Solidarfinanzierung der Busverkehre durch die Verbundlandkreise

#### Drucksache 2019/160

Landrat Dr. Sigel verweist auf die zugrundeliegende Drucksache und erklärt, dass es um die solidarische Finanzierung der Busverkehre der Verbundstufe II im VVS-Gebiet gehe, damit die Abrechnung untereinander sauber ablaufe. Die Dauer der Ausschreibungen habe viel Zeit in Anspruch genommen und daher müsse der Vertrag nochmals verlängert werden.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Verlängerung des Vertrages über die solidarische Finanzierung der Busverkehre der Verbundstufe II im VVS-Gebiet durch die Verbundlandkreise (Solidarvertrag) bis 31.12.2020 zu.

#### Auszüge:

1 ÖPNV

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

## § 8

### Beantwortung von Anträgen der Fraktionen und Zählergemeinschaften

#### § 8.1

##### Volksbegehren Artenschutz / Antrag der FDP-FW-Fraktion und Antrag der CDU-Fraktion

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und gibt das Wort für Fragen dazu frei.

Kreisrat Haußmann führt aus, dass man Artenschutz nur zusammen mit der Landwirtschaft erreichen könne. Man müsse den Unterschied zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft beachten. 95 % des Weinbaus im Kreis sei in Naturschutzgebieten.

Kreisrat Hundt führt aus, dass Bio-Wein immer gleichgesetzt werde mit konventionellem Wein. Man müsse aber den Unterschied verdeutlichen. Man habe bei Bio-Anbau strenge Kontrollen und müsse sich daranhalten. Auch Blühflächen gebe es genügend, weil kein Glyphosat gespritzt werde. Hier würde unter dem Rebstock auch noch Wildkraut wachsen. Der Verbraucher müsse eben bereit sein, mehr dafür zu zahlen.

Kreisrat Riedel sagt, dass wenn man für den konventionellen Wein schon 15-18 Euro bezahle, dann müsse man dies für den Bio-Wein auch bezahlen. Das Volksbegehren sei seines Erachtens nach schon sehr erfolgreich, da eine politische Diskussion angeregt wurde. Hier solle allerdings nicht gegen Weinbau oder die Landwirtschaft diskutiert werden. Der Punkt sei, dass man dringend etwas ändern müsse.

Kreisrat Jäger ist der Meinung, dass der Verbraucher eine große Rolle spiele was in der Politik diskutiert und beraten werde. Ein Problem sei auch, dass der Verbraucher Öko, Artenschutz, Bio etc. fordere aber nicht viel Geld dafür ausgeben wolle. Dies verstehe er nicht. Die Wirtschaftlichkeit sei

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 23

Öffentlich

Voraussetzung, dass Landwirtschaft betrieben werde. Daher dürfe die Bewirtschaftungsform nicht zu umständlich gemacht werden und keiner mehr Weinbau oder Landwirtschaft betreiben wolle.

Kreisrätin Wörner ärgert sich über Privatgärten, welche mit Kunstrasen oder Schotter verschönert werden und bittet um Aufklärung der Bürger. Auch die Gemeinden sollen dies in die Bebauungspläne mitaufnehmen.

Kreisrätin Dr. Fleischer habe geahnt, dass die Härte, alles zu verbieten nicht durchsetzbar gewesen sei. Als Kreis müsse man sich jetzt überlegen, was man dazu leisten könne, über die Remstalgartenschau hinaus. Im Eckpunktepapier seien Privatbesitzer mit angesprochen worden. Die Projekte für den Kreis werden sicherlich die Streuobstwiesen und die Blühflächen sein. Förderlich fände Sie, dass man die Bauhofmitarbeiter schule.

Kreisrat Zerrer wiederholt, dass es heiße, dass das Artensterben an der Landwirtschaft liege. Er fragt nach wie die Vernetzung der Ausgleichsmaßnahme bei Bauvorhaben sei. Die Kommunen sollten sich seiner Meinung nach zusammensetzen und ein sinnvolles Konzept für Ausgleichsmaßnahmen für einen neuen Lebensraum der Artenvielfalt schaffen.

Herr Stuber, Amtsleiter Landwirtschaft, erklärt in diesem Zusammenhang, dass ein Projekt zur Biotopvernetzung unter Beteiligung des Bauernverbandes Schwäbisch Hall-Hohenlohe-Rems, der Landkreise und der Kommunen geplant sei. Hier müssen Landwirtschaft und Umweltschutz eng zusammenarbeiten und gemeinsam Maßnahmen zur Umsetzung erarbeiten.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man jährlich einen Runden Tisch in den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz oder Amphibienschutz anbiete, wo sich die Menschen zum Austausch treffen, welche sich Tag täglich um die Themen kümmern oder sich ehrenamtlich einbringen. Als Rems-Murr-Kreis könne man sagen, dass man sehr vorbildlich unterwegs sei. Man habe vier Hektar Blühfläche entlang der Bundesstraße angelegt. Dies wolle man auf sechs bis sieben Hektar erweitern.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 24

Öffentlich

Auszüge:

1 Landwirtschaftsamt

## § 8.2

### Regionale und biologische Lebensmittel in Landkreiskantinen / Antrag der SPD-Fraktion

Kreisrat Häfele fragt nach, was unter regional verstanden werde und wie groß der Spielraum sei. Er habe das Gefühl, dass das mit der Regionalität nicht stimme. Nur weil das Ergebnis eines Produktes in unserem Kreis erzeugt werde, heiße dies nicht, dass das ganze Produkt regional sei. Als Beispiel zählt er auf, dass er niemanden kenne hier im Kreis, der mehr wie 10 Bio-Schweine im Jahr habe.

Landrat Dr Sigel antwortet, dass man Regional und Bio trennen müsse.

Herr Stuber erklärt, dass in Bezug auf die Zusammenarbeit des Landwirtschaftsamtes mit den Direktvermarktern auf jeden Fall die Landwirte im Rems-Murr-Kreis als regionale Landwirte gesehen werden. Allerdings gehe der Spielraum auch über die Kreisgrenze, wie zum Beispiel in den Kreis Ludwigsburg, hinaus.

Kreisrätin Eusebi findet es gut, dass man versuche regionales Bio-Fleisch und zertifizierte Lebensmittel in Landkreiskantinen mit aufzunehmen. Sie fragt nach, ob es zu Vernetzungen zwischen Schulen beim Fachtag Schulverpflegung oder zu Nachfragen seitens der Schulen gekommen sei.

Kreisrat Bezler führt aus, dass letztendlich die Verbraucher entscheiden, was gekauft werde. Die bisherigen Maßnahmen seien sehr vorbildlich, gerade für die junge Generation wie Schüler.

Kreisrat Riedel bedankt sich für das was der Kreis voranbringe.

Kreisrat Jäger sagt, dass man auf einem guten Weg sei, welchen man weiterverfolgen solle.



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 25

Öffentlich

Kreisrat Theile ist empört, wie man bei den Rems-Murrs-Kliniken von 43 Prozent regionalen Lebensmitteln sprechen könne.

Landrat Dr. Sigel klärt auf, dass der Fachtag mit der Gesundheitskonferenz sehr gut angekommen sei, man habe ein Netzwerk gegründet an welches das Kompetenzzentrum Ernährung Informationen weiter verteilt. Das Thema habe man weiter bei der Gesundheitskonferenz eingespielt, damit es weitergehe. Dort wo der Kreis Schulträger sei, versuche man die Themen in den Schulkantinen umzusetzen. In den Kliniken habe man sich sehr dafür eingesetzt, auf regionale Produkte umzusteigen. So sei man jetzt auf einen Anteil von bisher 43 Prozent gekommen.

Kreisrat Theile will genau wissen, woher die Fertigspeisen für die Kliniken kommen. Er meint, dass diese nicht von der Gegend kommen, sondern von einer Großküche von weit weg und diese dann täglich mit dem LKW angeliefert werden würden.

Landrat Dr. Sigel bestätigt dies, allerdings achte die Großküche darauf, dass regionale Lebensmittel verwendet werden. Dies beziehe sich dann nicht mehr auf den Landkreis, aber man verzichte auf Speisen vom Ausland, wenn diese auch im Inland erworben werden können. Für den Einkauf der Großküche habe der Kreis aber klare Vorgaben gemacht.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Landwirtschaftsamt

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 26

Öffentlich

## § 9

### Verschiedenes

Kreisrat Riedel bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen darüber zu berichten, ob etwas gegen die Polyvinylchlorid (PVC)- Belastung im Kreis unternommen werde.

Landrat Dr. Siegl erklärt den Gremium, dass Kreisrat Riedel von einem Fernsehbericht vom Kreis Lörrach über den PVC-Wert in Gewässern ausgehe. Er bestätigt, dass die Verwaltung das Thema aufarbeiten und dann dem Gremium vorstellen werde.

Kreisrat Riedel antwortet, dass man aber bestimmte Gewässer untersuchen müsse.

Herr Hein stellt auf einer Folie, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, einen Teil des Netzentwicklungsplans Strom 2030 (NEP 2030) dar. Der NEP 2030 wird von den Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) erarbeitet. Der Plan beinhaltet Trassenführungen für den Transport von regenerativer Energie aus Offshore Parks in Norddeutschland nach Süddeutschland. Derartige Trassen müsse man sehr langfristig planen, da diese sehr gravierenden Einschnitte in das Landschaftsbild darstellen. Nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) müsse der Netzentwicklungsplan alle zwei Jahre vorgestellt und eine Konsultationsrunde durchgeführt werden. Ein erster Entwurf der Version 2019 des NEP 2030 wurde am 4. Februar 2019 veröffentlicht. Hierzu wurde der Landkreis als kommunale Gebietskörperschaft und die Kommunen Winnenden, Welzheim, Aspach, Berglen, Leutenbach, Oppenweiler, Remshalden, Rudersberg, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Urbach und Winterbach angehört. Eine Maßnahme die unseren Kreis eventuell betreffe sei die Maßnahme DC23. Das Landratsamt und die betroffenen Kommunen haben am 4. März 2019 eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben. Die Möglichkeit einer erneuten Abgabe einer Stellungnahme wurde im Oktober 2019 gegeben, welche die Verwaltung in Anspruch genommen habe. Da der zweite Entwurf der Version 2019 des NEP 2030 keine weiteren Entwicklungen enthält, wurde die Stellungnahme vom März 2019 erneuert. Herrn Hein ist es wichtig, das Gremium in der Sache auf dem aktuellen Stand zu halten.

Landrat Dr. Sigel fügt hinzu, dass das Projekt bereits bekannt gemacht wurde.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 27

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Sara Zaiss